Stadt Kamen **Niederschrift**

BB

über die
1. Sitzung des Behindertenbeirates
am Montag, dem 11.04.2011
im Sitzungssaal II

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend

SPD
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Frau Helma Sekunde
Herr Bernhard van Oosten
Herr Theodor Wältermann
Frau Christa Werner

CDU
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Frau Anette Hackländer

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Jo Achim Sandrock

DIE LINKE / GAL
Frau Annette Thierig

Sachverständige gem. Beschluss des Rates der Stadt Kamen
Frau Daniela Brock
Herr Dietmar Clausing
Herr Klaus Gödecker
Frau Brigitte Hilbk
Herr Helmut Hunsdiek
Frau Petra Jung
Herr Werner Krüger
Frau Anja Müller
Frau Else Schlüter
Frau Kerstin Schneider
Frau Ingrid Scholz
Frau Frauke van Lück
Frau Dagmar Wozniak

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning

Verwaltung
Herr Jörg Grudnio
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Herr Willi Präkelt
Herr Christian Völkel

Gäste
Frau Völler
Frau Fabrice
Herr Kaiser

Entschuldigt fehlten
Herr Claus Brumberg
Herr Ralf Gaber
Frau Astrid Gube
Frau Dagmar Rothmann
Herr Udo Theimann
Frau Gabriela Tönnes
Herr Franz Hugo Weber
Frau Dr. Renate Weskamp
Herr Jörg Wüster

Frau **Jung** begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Referenten und die Vertreter der Presse. Sie stellte fest, dass die Tagesordnung form- und fristgerecht zugestellt wurde. Änderungen an der Tagesordnung würden dergestalt vorgenommen, dass die Tagesordnungspunkte 2 und 3 vor dem Bericht des Herrn Liedtke abgehandelt werden. Frau **Jung** wies auf die bei der Terminierung der Sitzung aufgetretenen Probleme hin, die unter anderem dazu geführt hätten, dass die Sitzung bereits um 16.30 beginnen musste. Weiterhin erfolge im Laufe der Sitzung ein Wechsel im Vorsitz. Aufgrund anderweitiger Sitzungsverpflichtungen müsse sie vorzeitig diese Sitzung verlassen und Herr Fuhrmann übernehme dann den Vorsitz.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Vorstellung der Kinderneurologiehilfe im Lebenszentrum Königsborn Referenten: Herr Kaiser und Frau Völler	
2	Vorstellung des Ambulanten Kinderhospizdienstes im Kreis Unna und Hamm Referentin: Frau Fabrice	

3	Neugestaltung der Bahnhofstraße hier: Bericht der Verwaltung durch Herrn Liedtke	
4	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
5	Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Vorstellung der Kinderneurologiehilfe im Lebenszentrum Königsborn
Referenten: Herr Kaiser und Frau Völler

Herr **Kaiser** und Frau **Völler** referierten anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpointpräsentation.
Einleitend schilderten sie die Entwicklung der vor 130 Jahren in Königsborn gegründeten Einrichtung, die heute unter dem Namen Lebenszentrum Königborn firmiert. Im Dezember 2010 wurde unter dem Dach des Lebenszentrums der neue Arbeitsbereich Kinderneurologiehilfe geschaffen. In diesem Zusammenhang wies Herr **Kaiser** darauf hin, dass anlässlich dieser Gründung Frau Völler, die bisher in der Neurologie Münster tätig war, für eine Tätigkeit in Unna gewonnen werden konnte und sie aus diesem Grunde mit zur Sitzung erschienen sei.
Einleitend wies Herr **Kaiser** darauf hin, dass es Aufgabe der Kinderneurologiehilfe sei, Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien nach erworbenen Hirnschädigungen Hilfestellung zu bieten. In der Bundesrepublik Deutschland erleiden jährlich 71.000 Kinder ein Schädel-Hirn-Trauma. In vier von fünf Fällen eines Kindstodes ist ursächlich hierfür eine Kopfverletzung. 3.000 Kinder jährlich tragen infolge einer Kopfverletzung bleibende Behinderungen davon.
Im Besonderen wies Herr **Kaiser** auf den erschreckenden Fakt hin, dass lediglich 9 von 62 Kindern nach einem mittleren oder schweren Schädel-Hirn-Trauma in eine Rehabilitationsklinik eingewiesen würden. Anhand dieser Zahl lässt sich zweifelsfrei erkennen, dass häufig das Bewusstsein für die erlittene Schädigung nicht vorhanden ist.

Weiterhin wies Herr Kaiser darauf hin, dass die Zielgruppe für die Kinderneurologiehilfe ausschließlich Personen bis zum 20. Lebensjahr mit erworbenen Hirnschädigungen und einer gesunden Vorgeschichte seien.
Im Anschluss führte Herr Kaiser Erkrankungen auf, die zu Hirnschädigungen führen können.
Anhand einer weiteren Folie erläuterten die Referenten die Angebote der Neurologiehilfe. So wüssten betroffene Familien häufig nicht, wo sie welche Hilfe in Anspruch nehmen könnten.
Auch gebe es Fälle, in denen nach Auffassung des behandelnden Arztes wieder alles in Ordnung sei und die Eltern weitere und andere Behandlungen wünschten. Hier stelle man Kontakte zu den entsprechenden Einrichtungen her.
Weiterhin würde man Aufklärungsarbeit über Unfall- und Krankheitsfolgen betreiben. Die Beratungstätigkeit erfolge in enger Kooperation mit Ärzten, Therapeuten und Pädagogen.
Herr Kaiser wies darauf hin, dass es im Kreis Unna keine Kinderklinik gebe. Im Regelfall würden die Kinder im Krankenhaus vor Ort behandelt; viele der dort tätigen Ärzte hätten jedoch kein ausreichendes neurologisches Wissen und demzufolge würden bestimmte Krankheiten nicht oder nicht immer erkannt.
Das Angebot der Kinderneurologiehilfe trage auch zur Reduzierung von Folgekosten bei. So wies Herr Kaiser darauf hin, dass in Beratungsgesprächen mit Eltern häufig auf das Tragen eines Fahrradhelmes hingewiesen werde, um bei Stürzen mit dem Fahrrad Kopfverletzungen vorzubeugen.

Anhand einer weiteren Folie erläuterte Herr Kaiser das mittels eines Multiple-Choice-Vordruckes abzuarbeitende Meldesystem der Hilfsorganisation.
Abschließend erläuterte Herr Kaiser die Organisationsform der Kinderneurologiehilfe. Die Einrichtung in Unna sei in den in Münster ansässigen Dachverband eingebettet. Ziel dieses Dachverbandes ist es, flächendeckend in Nordrhein-Westfalen aktiv zu werden. Die Zuständigkeit der Kinderneurologiehilfe erstrecke sich zur Zeit auch auf das Dortmunder Gebiet und den Hochsauerlandkreis.

Frau **Petra Jung** äußerte ihr Befremden darüber, dass man bei der Beurteilung der Zuständigkeit zwischen Kindern mit gesunder und nicht gesunder Vorgeschichte unterscheide.

Herr **Kaiser** erwiderte, dass der Unterschied in der anders gelagerten gesundheitlichen Vorgeschichte liege.

Frau **van Lück** ergänzte, dass hier wohl ein Missverständnis vorläge. Beurteilungskriterium für die Zuständigkeit der Kinderneurologiehilfe sei das Vorliegen einer Unfallschädigung. Die Beschränkung der Zuständigkeit auf diesen Personenkreis liege darin begründet, dass es für behinderte Kinder schon ein ausgeprägtes Hilfssystem gebe.

Frau **Renate Jung** wies darauf hin, dass Frau van Lück eine Kollegin des Herrn Kaiser sei.

Herr **Hunsdiek** erkundigte sich, ob seitens der Organisation auch Vorsorgearbeit betrieben werde.

Herr **Kaiser** erwiderte, dass unter anderem mit Frau Olbrich-Steiner von der Kreisverwaltung Unna Präventionsarbeit betrieben werde.

Frau **Renate Jung** wies darauf hin, dass es seitens des Allgemeinen-Deutschen–Fahrrad-Clubs eine Initiative mit dem Ziel gebe, eine gesetzlich verankerte Helmpflicht Fahrrad fahrender Kinder herbeizuführen.

Herr **Gödecker** meinte, dass er hier die Eltern in der Pflicht sehe.

Herr **van Oosten** wies darauf hin, dass gerade die Erwachsenen hier mit schlechtem Beispiel vorangehen würden, da helmtragende erwachsene Fahrradfahrer die große Ausnahme seien.

Frau **van Lück** fragte nach, wie die Kinderneurologiehilfe sich finanziere.

Herr **Kaiser** erwiderte, dass die Finanzierung des Modellprojektes für drei Jahre durch die Stiftung Wohlfahrtspflege und den Träger erfolge.

Frau **Renate Jung** wünschte sich einen wachsenden Bekanntheitsgrad der Organisation und bat die Ausschussmitglieder um Transport in die Öffentlichkeit.

Frau **Völler** wies darauf hin, dass der Internetauftritt der Kinderneurologiehilfe noch nicht fertig gestellt sei, aber mit baldiger Fertigstellung zu rechnen sei.

Zu TOP 2.

Vorstellung des Ambulanten Kinderhospizdienstes im Kreis Unna und Hamm
Referentin: Frau Fabrice

Frau **Fabrice** referierte anhand einer der Niederschrift in Fotokopie beigefügten Powerpointpräsentation.

Der Deutsche Kinderhospizverein e.V. wurde im Jahre 1990 gegründet. Vereinsziel war die Errichtung eines stationären Kinderhospizes. Auf Initiative diese Vereins hin wurde im Jahre 2007 die Deutsche Kinderhospizstiftung gegründet. Derzeit existieren in Deutschland 17 ambulante Kinderhospizdienste mit einem hohen Verbreitungsgrad in Nordrhein-Westfalen. Aufgabe der Dienste ist die Begleitung von Kindern und Jugendlichen mit lebensverkürzenden Erkrankungen im Alter bis 19 Jahren und deren Familien. Ziel ist es, für eine Entlastung im Alltag zu sorgen und den Kindern die Möglichkeit zu bieten, bis zu ihrem Tode in gewohnter Umgebung zu leben. Frau **Fabrice** wies darauf hin, dass der Finanzbedarf des Kinderhospizdienstes zu 2/3 aus Spenden und zu 1/3 aus Bundesmitteln gedeckt werde. Die Tätigkeit im Kinderhospizdienst sei prinzipiell eine ehrenamtliche. Jedoch würden 2 hauptamtliche Sozialpädagoginnen beschäftigt. Diese träfen auch eine Vorauswahl der ehrenamtlich tätigen Personen. Besondere Fachkompetenzen würden nicht vorausgesetzt. Zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Tätigkeit müssen die Ehrenamtler einen achtzigstündigen Befähigungskurs durchlaufen. Erst danach wird in einem Abschlussgespräch der Einsatz je nach Eignung festgelegt. Jeder Einsatz einer ehrenamtlich tätigen Person erfolgt jedoch nur mit Wissen der für die Koordination zuständigen hauptamtlich tätigen Personen. Zu deren Hauptaufgaben zählt unter anderem die Beplanung des von der hilfebegehrenden Familie festzulegenden Unterstützungsbedarfes.

Frau **Fabrice** äußerte, dass in Zeiten knapper Kassen der öffentlichen Hand auch der Hospizdienst darauf angewiesen sei, Spendengelder zu generieren. Dies erfolge z.B. über Schulen oder auch Unternehmen.

Frau **Renate Jung** wies auf das von Frau Fabrice ausgelegte Infomaterial hin.

Frau **Fabrice** ergänzte, dass mit dieser Broschüre der Geist der Tätigkeit des Kinderhospizdienstes vermittelt werden solle.

Frau **Hartig** fragte nach, warum die Stützpunkte der Kinderhospize in Nordrhein-Westfalen überproportional stark angesiedelt seien. Sie könne sich nicht vorstellen, dass das auf in NRW häufiger auftretende Erkrankungen hinweise.

Frau **Fabrice** erwiderte, dass eine gleichmäßige Verteilung der im Bundesgebiet auftretenden Krankheitsfälle vorliege. Die Häufung der Stützpunkte liege darin begründet, dass die Keimzelle der Kinderhospize in Olpe liege. Von hier aus habe man sich dann weiter verbreitet. Man arbeite daran, dass die kahlen Stellen auf der Landkarte weniger würden.

Frau **Gerdes** sprach ihre Hochachtung vor der Arbeit des Hospizdienstes aus und fragte nach, inwieweit bei der Beschäftigung der Ehrenamtler Altersdeckelungen vorgenommen würden.

Frau **Fabrice** entgegnete, dass das Mindestalter für die Mitarbeit 18 Jahre betrage. Die Altersstruktur der Beschäftigten erstrecke sich von 18 – 75 Jahren. Zu einem großen Teil seien Frauen, die fünfzig Jahre und älter sind, tätig. Willkommen seien Männer und Frauen jeder Altersgruppe. Dringend benötigt würden jedoch aktive Männer.

Frau **Renate Jung** fragte nach, wie betroffene Familien von dieser Hilfsorganisation Kenntnis erlangen.

Frau **Fabrice** erwiderte, dass hier Nachholbedarf bestehe. Bei einem Großteil der Ärzteschaft sei ihre Organisation bekannt. Der Bekanntheitsgrad in der breiten Öffentlichkeit solle in kleinen Schritten gesteigert werden. Dies erfolge durch PR-Arbeit unter anderem auch in Schulen und Sportvereinen.

Herr **Hellekemper** stellte die Frage, ob die Tätigkeit des Kinderhospizdienstes nicht in weiten Teilen Kongruenz mit der 110 Mitarbeiter starken VEBU aufweise.

Frau **Brock**, die bei der VEBU tätig ist, erwiderte, dass in Teilbereichen Überschneidungen auftreten würden. Das Aufgabenfeld der VEBU läge jedoch schwerpunktmäßig nicht in der Trauerarbeit.

Frau **Fabrice** ergänzte, dass ihre Organisation Hilfestellung bis zum Tod und darüber hinaus leiste.

Frau **Renate Jung** wies noch einmal auf die Komplexität der Tätigkeit des Kinderhospizdienstes hin und dankte Frau Fabrice für den Vortrag.

Zu TOP 3.

Neugestaltung der Bahnhofstraße
hier: Bericht der Verwaltung durch Herrn Liedtke

Herr **Liedtke** wies darauf hin, dass er vor mehreren Monaten dem Ausschuss die Planungen bezüglich des Bahnhofsumfeldes vorgestellt habe. Zum damaligen Zeitpunkt sei es noch nicht möglich gewesen, detailliert über die Neugestaltung der Bahnhofstraße zu berichten.
Mit der Kanalerneuerung in der Bahnhofstraße solle im November/Dezember 2011 begonnen werden. In der ersten Jahreshälfte 2012 werde man dann mit dem Straßenbau beginnen.
Im Zuge der Neugestaltung der Straße würden die dort vorhandenen Ampelanlagen entfernt. Aufgrund der bisher gemachten guten Erfahrungen werden stattdessen Minikreisverkehre errichtet. Hierdurch würden unter anderem auch die an Ampelanlagen häufig entstehenden Rückstaus verhindert bzw. vermindert. Bei der Abgrenzung der den Fußgängern zur Verfügung stehenden Bereiche werden keine Hochborde verwendet. Durch dieses Vorgehen eröffnen sich kleinere Probleme mit dem anfallenden Niederschlagswasser, die man jedoch unter anderem durch das Verbauen von wasserführenden Steinen lösen könne. Innerhalb des Straßenbereiches werden Baumanpflanzungen vorgenommen, die neue Fahrbahn wird insgesamt schmaler errichtet. Dies hat zur Konsequenz, dass der Schwerlastverkehr zukünftig nicht mehr über die Bahnhofstraße geführt werden kann; diese Verkehrsströme sollen zukünftig über die Poststraße gelenkt werden. Auch im Bereich der Bahnhofstraße sollen taktile Leitsysteme hergestellt werden.
Die Fertigstellung der Westicker Straße erfolge Ende April / Anfang Mai. Die Neugestaltung solle Mitte 2012 abgeschlossen sein. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 1 Million €. 70% der Kosten werden durch Fördermittel bestritten. Die Gesamtkosten für die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes bezifferte Herr Liedtke mit 8,5 Mio €. Hierin enthalten sind auch die Kosten für das neue Parkhaus.

Um 17.48 Uhr übernimmt Herr Fuhrmann die Leitung der Sitzung

Herr **Gödecker** erkundigte sich, ob die Bahnhofstraße dann Tempo-30-Zone werde.

Herr **Liedtke** erwiderte, dass auch unter den Aspekten, dass der Schwerlastverkehr wegfiele und keine Radwege errichtet würden, die Planungen dies so vorsehen.

Herr **Gödecker** fragte nach, ob es nicht Sinn mache, in der Innenstadt flächendeckend Tempo 30 einzuführen, da bei der Vielzahl der unterschiedlichen Temporegelungen niemand mehr genau wisse, was wo gelte.

Herr **Liedtke** wertete dies als interessante Anregung. Weiterhin könne er sich diese Thematik als Gegenstand einer Sitzung des Straßenverkehrsausschusses vorstellen.

Herr **Hunsdiek** äußerte Bedenken bezüglich der Verkehrsmengen, die zukünftig über die Poststraße geleitet würden.

Herr **Liedtke** teilte mit**,** dass hierzu im Vorfeld keine Zahlen ermittelt worden seien. Er sei jedoch zuversichtlich, dass die neue Verkehrsführung keine Probleme mit sich bringen werde. Die Kreisverkehre seien für den Schwer-

lastverkehr ausgelegt und in den sogenannten Minikreiseln sei im Falle eines erhöhten Rangierbedarfes das Geradeausfahren gewollt und ausdrücklich erlaubt.

Herr **Gödecker** wies darauf hin, dass das nach seiner Überzeugung zu überhöhten Geschwindigkeiten im Bereich der Kreisel führe.

Herr **Liedtke** wies darauf hin, dass die Überfahrbarkeit der Minikreisel vorgeschrieben sei.

Herr **Fuhrmann** wies darauf hin, dass diese Problematik Thema einer Sitzung des Straßenverkehrsausschusses sei.

Zu TOP 4.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

keine

Zu TOP 5.

Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz

keine

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr **Hunsdiek** bat in der letzten Sitzung des Behindertenbeirates darum zu prüfen, ob an der Rampe im Bereich der Konzertaula ein Handlauf angebracht werden könne. Herr **Völkel** teilte mit, dass der Handlauf in der Zwischenzeit angebracht worden sei.

Herr **Henning** hatte in der letzten Sitzung des Behindertenbeirates angeregt zu prüfen, ob am Fahrstuhl in der Konzertaula eine Bedienungsanleitung angebracht werden könne.
Anlässlich eines Ortstermins, an dem Frau Renate Jung sowie die Herren Frieling, Steffen und Völkel im Vorfeld der Sitzung teilgenommen haben, erfolgte diese Prüfung. Zum einen gelangte man zu der Überzeugung, dass die Bedienung des Fahrstuhles nicht ausgesprochen problembehaftet sei, zum anderen sei die Anbringung der Bedienungsanleitung insofern problematisch, als seitens des Herstellers die Bedienung durch Bedienpersonal vorgegeben ist. Herr **Völkel** teilte mit, dass man daher von der Anbringung absehen wolle.

Frau **Hartig** wies darauf hin, dass viele ältere Personen sich nicht trauen würden, den Fahrstuhl zu benutzen. Zudem wollten sie nicht nach bedienungskundigen Personen suchen.

Frau **Petra Jung** regte an, dass man vielleicht einen Sammelpunkt einrichten solle, an dem sich eine Viertelstunde vor Veranstaltungsbeginn die potentiellen Fahrstuhlnutzer treffen könnten.

Herr **Völkel** sagte zu, diese Anregung weiterzuleiten.

Herr **Krüger** bat um Informationen über den Stand der Dinge in Bezug auf die im Raum stehende Parkraumbewirtschaftung.

Herr **Fuhrmann** wies darauf hin, dass diese Problematik nicht im Behindertenbeirat behandelt werden müsse. Zudem seien konkrete Informationen auch nicht bekannt.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

entfällt

Herr **Fuhrmann** schloss die Sitzung um 18.00 Uhr.

gez. Renate Jung Vorsitzende	gez. Jörg Grudnio Schriftführer